

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 50 (1956)
Heft: 6

Artikel: Klarheit über die Ideologien : eine Grundbedingung für echten Frieden
Autor: Somerville, John
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140089>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

durch sein Lungenleiden, das ihn oft für lange Zeit aufs Krankenlager warf, ist seine Persönlichkeit zu großer innerer Klarheit gelangt, wie ja erst aus den großen Erschütterungen der Quell wahrhaftigen Lebens aufbricht.

Unser Freund war kein orthodoxer Parteisozialist. Dieser Rahmen war ihm zu eng, obwohl er auch bereitwilligst jede notwendige Kleinarbeit leistete. Es ist wahr, was in seiner Todesanzeige stand: «*Sein Leben stand im Dienst für eine gerechtere Welt und eine glücklichere Menschheit.*»

Gerade darum aber werden sein Bild und die Erinnerung an ihn in unsern Herzen weiterleben.

Wir danken dir!

Werner Egli

Klarheit über die Ideologien:

*eine Grundbedingung für echten Frieden**

D. Aus dem dritten Kapitel:

Sowjetideologie und Krieg

Die zurzeit in Amerika herrschende Ansicht ist, daß die Sowjetideologie im wesentlichen die gleiche sei wie die nazi-faschistische. Diese Ansicht liegt dem Denken weiter Volkskreise zugrunde und scheint seit dem Tode Franklin Roosevelts die Voraussetzung zu sein, auf der sich weitgehend unsere Außenpolitik gründet. Sie wird in den höheren Schulen gelehrt, von der Presse bestärkt und sogar von den Kanzeln gepredigt. Forscher, die die Sache an Ort und Stelle studiert haben, wissen, daß diese Ansicht intellektuell unhaltbar und pragmatisch irreführend ist. Um unseres eigenen Lebensinteresses am Weltfrieden willen haben wir sie zu berichtigen. Das ist unsere Pflicht. Sowjetrußland hat viele Fehler, aber nicht diesen.

Das Merkwürdige dabei ist, daß unser Publikum die einzelnen Fakten ganz gut kennt, aber sie nicht gedanklich zusammenfügt, um aus dem Gesamtbild sich sein Urteil zu bilden. Zum Beispiel: wer sollte bei uns nicht wissen, daß in der wesentlichen Frage der Rassengleichheit und in allem, was damit zusammenhängt, wie etwa die Behandlung nationaler Minderheiten, die Sowjetpolitik das gerade Gegenteil von der nazi-faschistischen ist?

Die marxistische Lehre hat immer das Prinzip vertreten, daß alle Rassen gleiche Rechte haben und daher gleichberechtigt behandelt werden sollten. Die Sowjetregierung hat dieses Prinzip in ihrer Volksbelehrenskampagne sowie durch eine Reihe von Gesetzen durchgeführt, die

* Vgl. Heft 5, Mai 1956, der «Neuen Wege».

in ihrer Vielseitigkeit alle bisher bekannten Versuche zur Rassenverständigung übertreffen. Obgleich sie Übertreibungen aufweisen, sind sie als Vorbilder wertvoll und bestätigen die Ansicht, daß die Rassenprobleme weder allein durch Erziehung noch durch Gesetzgebung gelöst werden können. Beides muß Hand in Hand gehen.

Die Bundesverfassung der UdSSR enthält die folgende Bestimmung:

Artikel 123: Es ist ein unwiderrufliches Gesetz, daß alle Bürger der UdSSR, unabhängig von Nationalität und Rasse, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, sozialen und politischen Lebens gleiche Rechte haben. Jede direkte oder indirekte Beschränkung dieser Rechte, wie ebenso die Gewährung irgendwelcher direkter oder indirekter Vorrechte auf Grund von Rasse oder Nationalität sowie die Aufreizung zum Rassen- oder Nationalhaß, zum Ausschließen oder Verächtlichmachen von Bürgern auf Grund ihrer Rasse oder Nationalität wird gesetzlich bestraft.

Durch die Durchführung dieser Bestimmungen und des damit gleichlaufenden Erziehungsprogramms (oder vielmehr Um-Erziehungsprogramms) mit Hilfe von Schule, Presse, Radio, Theater, Kino, volkstümlicher Kunst und ähnlichem wurden erstaunliche Erfolge erzielt. In nicht viel mehr als zwanzig Jahren wurde eine Bevölkerung von mehr als 200 Millionen dazu gebracht, nicht nur Toleranz zu üben, sondern sich gegenseitig als Gleichberechtigte anzuerkennen und als solche miteinander zu verkehren.

Jemand sagte einmal, daß es aufschlußreicher sei, was die Lieder eines Volkes sagen, als was seine Gesetze verkünden. Darin steckt ein Körnchen Wahrheit. Die Lieder, die ein Volk singt, offenbaren viel über seine Lebensart und seine Geistesverfassung. Während meines Aufenthaltes in der Sowjetunion war ein Wiegenlied mit dem Titel «Lied vom Mutterland» (komponiert von Dunaevsky und Lebedev-Kumach) eines der am meisten gesungenen. Es war dem Film «Der Zirkus» entnommen.

Dieser Film beginnt mit einer kurzen Szene, die die Lynchung eines Negers in einer ausländischen Stadt andeutet. Man konnte aus ihr entnehmen, daß eine weiße Frau, Artistin eines Wanderzirkus, sich in diesen Neger verliebt und ein Kind von ihm bekommen hatte. Sie nimmt es mit auf ihren Reisen, verhehlt aber, daß sie die Mutter ist, seiner Hautfarbe wegen. Auf seinen Fahrten kommt der Zirkus auch in die Sowjetunion. Dort verliebt sich ein Russe in die Zirkusdame und sie in ihn. Sie bringt es nicht über sich, ihm etwas von dem Kind zu sagen. Die Spannung erreicht ihren Höhepunkt, als sie seinen Heiratsantrag erwartet. Sie liebt ihr Kind, und sie liebt ihren Bewerber, aber aus Furcht, ihn zu verlieren, kann sie ihm nicht von dem Kind erzählen und beschließt, dem Mann aus dem Wege zu gehen. Doch er spürt ihr nach und findet sie, als sie sich für eine Vorstellung zurechtmacht. Da

faßt sie sich ein Herz, erzählt ihm die Geschichte und zeigt ihm das Kind. Eine Anzahl von russischen Zirkushandlangern stehen herum, als sie es anbringt.

Der Mann sieht es und ruft aus: «O, wie wunderschön ist es, und schwarz!» Das Kind geht von Hand zu Hand, und die Menge singt ihm ein Wiegenlied. Eine der Strophen lautet:

«Seht doch, was geschah in unsern Städten!
Seht doch, was geschah in unserm Land!
Hört ihr's nicht aus allen unsern Liedern,
Daß wir Menschen alle sind verwandt?
Komm zu mir, Kam'rad, ich will dich wiegen!
Schwarz und weiß und braun macht uns nichts aus.
Alle Kindlein, woher sie auch kommen,
Sind uns lieb und sind bei uns zu Haus.»

Diese Geschichte mag bei uns nicht überall Anklang finden. Aber niemand wird bestreiten können, daß sie klar demonstriert, daß die Sowjetideologie das gerade Gegenteil von der nazi-faschistischen ist. Die Tatsache, daß die Bevölkerung aus einer unglaublich großen Zahl von rassischen und nationalen Minderheiten besteht, macht den Erfolg der Minoritätenpolitik um so eindrucksvoller. Rußlands geschichtliche Besonderheit ist es, daß es nicht wie andere Mächte überseeische Kolonien erwarb, dafür aber seine Landesgrenzen immer weiter hinausrückte. Dadurch kam das größte zusammenhängende Territorium, etwa ein Sechstel der Erdoberfläche, unter *eine* Oberherrschaft. Nur wenig mehr als die Hälfte des Volkes sind im engeren Sinne Russen (sogenannte Großrussen). Ungefähr drei Viertel der anderen Hälfte sind Slawen. Außer den eigentlichen Russen sind mehr als 175 ethnische Gruppen von allen nur erdenklichen Hautfarben zu verzeichnen, darunter viele ganz primitive. Sie sprechen ungefähr 125 verschiedene Sprachen und bekennen sich zu mehr als 40 verschiedenen Religionen. Nach der Statistik zählen ungefähr 80 von ihnen jede unter 10 000 Seelen.

Außer dieser Vielheit von Völkern, Sprachen, Religionen hinterließ die Zarenherrschaft den Sowjets eine Erbschaft, wie sie nicht schlimmer zu denken ist. Es scheint, als ob die Weltgeschichte die Kraft ihres Glaubens und ihr neues Gesellschaftssystem unter den schwierigsten Verhältnissen erproben wollte.

Die zaristische Russifizierungspolitik hatte sich planmäßig bestrebt, alle Rassengleichheitsbewegungen theoretisch und praktisch zu unterdrücken. In Schulen und bei Gerichten durfte im allgemeinen nur Russisch gesprochen werden. Die eingeborenen Völkerschaften wurden nicht nur wirtschaftlich ausgebeutet, sondern auch geistig und körperlich zurückgehalten. Unter den nichtslawischen Gruppen waren etwa 90 Prozent Analphabeten (auch unter den russischen war die Zahl hoch), und

der Gesundheitszustand war gleicherweise erschreckend. Da allein die russische Sprache und Kultur Ansehen hatte, wurden alle anderen Sprachen und Kulturen nicht gefördert, oft sogar verboten, auch in Büchern und Zeitschriften. Das alte russische Leitwort: Ein Zar, Eine Religion, Eine Sprache, kam mir in den Sinn, als ich in Nazi-Deutschland die stolzen Banner mit der Aufschrift: Ein Reich, Ein Volk, Ein Führer sah.

Diese Zustände brachten dem Zarenreich vor dem Ersten Weltkrieg den abfälligen Namen «Völkergefängnis» ein.

Das Sowjetregime hat alle diese Zustände sowie die Weltanschauung, aus der sie stammten, umgestoßen. Nichtrussische Gruppen haben das Recht, wenn sie wollen, ihre Kinder in ihren eigenen Sprachen zu unterrichten, mit Russisch als der zweiten Sprache. Infolgedessen hat sich in einem Zeitraum von 25 Jahren der Zustand der Bevölkerung dahin geändert, daß anstatt 75 Prozent Analphabeten heute 82 Prozent des Lesens und Schreibens kundig sind, eine bisher in der Kulturgeschichte der Menschheit noch nicht vorgekommene Leistung. Bücher und Zeitungen werden in Massen gedruckt, und Gerichtsverhandlungen können in jeder gewünschten Sprache geführt werden. Russische Wissenschaftler haben Alphabete und Grammatiken für etwa vierzig Volksgruppen, die vorher noch keine geschriebene Sprache hatten, geschaffen. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich außerordentlich verbessert. Volkstümliche Kunst wird in großem Umfang gefördert.

Die Staatsform der UdSSR ist die einer Föderation von Nationalitäten. Die Republiken, welche die Union der Sowjetsozialistischen Republiken bilden, sind ethnisch gegeneinander abgegrenzt. Eine der beiden gesetzgebenden Körperschaften ist der Nationalitätenrat, in dem die verschiedenen Völkerschaften unabhängig von ihrer Kopfzahl gleichmäßig stark vertreten sind, etwa so wie in unserm US-Senat jeder Staat die gleiche Zahl Vertreter hat. Weder theoretisch noch praktisch werden Unterschiede in der Behandlung der einzelnen Völkerschaften gemacht. Die Sowjetunion hat kein Quotensystem, keine Rassenabsonderung noch unterschiedliche Bewertung der Rassen. Ganz natürlich hat das Gefühl, gleichberechtigt und gleichbehandelt zu werden, die Treue der nichtrussischen Republiken zur Union gefestigt. Unterschiede, wie zwischen Kolonie und Dominion, Empire und Commonwealth können nicht gemacht werden, da keine zweitklassigen Kolonialuntertanen vorhanden sind. Man könnte das ganze ein Commonwealth nennen, wenn man sich einer dieser Begriffe zu bedienen wünscht.

Wer diese Verhältnisse an Ort und Stelle studiert hat, weiß, daß diese Politik der Gleichberechtigung nicht immer vollkommen und fehlerlos durchgeführt wurde. Die Sonderbehandlung der Wolga-Deutschen und der Krim-Tartaren während des Zweiten Weltkrieges sind Beispiele dafür.

Aber im ganzen muß gesagt werden, daß die Sowjetpolitik das Prin-

zip der Rassenbruderschaft so unbedingt zu verwirklichen sucht, wie die nazi-faschistische Politik es unbedingt ablehnt. Vom Gesichtspunkt christlicher Moral (nicht Theologie) ist sie positiv, wie die nazi-faschistische negativ ist . . .

Auch in der Stellung zur Frau, der Hälfte (oder vielmehr der größeren Hälfte des Menschengeschlechtes) zeigt sich ein krasser Gegensatz zwischen nazi-faschistischer und Sowjetideologie. Die Verfassung hat außer den Bestimmungen zur Gleichberechtigung der Rassen auch solche für die Frauen festgelegt.

Artikel 122: Die Frau genießt in der UdSSR gleiche Rechte wie der Mann auf allen Gebieten der Wirtschaft, des kulturellen, sozialen und politischen Lebens. Sie hat Recht auf Arbeit, auf gleiche Bezahlung bei gleichen Leistungen, auf Ruhezeiten und Ferien, auf Erziehung und Sozialversicherung. Außerdem schützt der Staat Mutter und Kind durch Gewährung von Schwangerschafts- und Entbindungsurlaub bei voller Weiterzahlung des Lohns, durch Mütter- und Genesungsheime, Krippen und Kindergärten.

Es ist nötig, bei dieser Gelegenheit zu sagen, daß kein Zwang für Mütter besteht, ihre Säuglinge in die Krippen zu geben. Wer es wünscht, kann es tun. Wenn man bei uns hört, daß in Rußland die Kinder den Eltern weggenommen und in staatlichen Anstalten erzogen werden, so ist das ein Mythos. Daß diese falsche Vorstellung noch immer eine große Zahl der Promovierten von Hochschulen und Universitäten beherrscht, ist ein Zeichen, daß unser Lehrsystem auf einem wichtigen Gebiet versagt. Es ist etwa das gleiche, als wenn uns beigebracht würde, daß in Frankreich alle Mädchen zum Eintritt in ein Nonnenkloster gezwungen würden, ohne weiter nachzudenken, welche Wirkung dies auf Familie und Volksbestand hätte.

Infolge der gesetzlichen Gleichstellung arbeitet ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz von Frauen in allen Zweigen des Handels und der gelehrten Berufe . . .

Die Haltung der Sowjets zur Frau ist nichts anderes als die praktische Anwendung ihrer Auffassung von Demokratie. Die Nazi-Faschisten sind ihrer Ideologie in gleichem Maße treu, wenn sie die Sowjethaltung zur Frau durchaus verwerfen. Wie kann man da bei uns behaupten, daß beide Systeme gleich antidemokratisch seien!

Vielleicht ist das dadurch zu erklären, daß wir anscheinend dahin gelangt sind, von einer Demokratie nicht mehr zu verlangen, als daß eine Mehrzahl von politischen Parteien vorhanden sei. Es sieht fast so aus, als sei unsere öffentliche Meinung von der absurden Vorstellung beherrscht, daß das, was abseits davon im Volke vor sich geht, nicht unter das Kriterium Demokratie fällt. Ganz gleich, wie Rassenfragen, Stellung zur Frau, Sozialversicherung, Gesundheitsfürsorge, Erziehungswesen gehandhabt werden – ein Land ist demokratisch, wenn

es ein Mehrparteiensystem hat, und undemokratisch, wenn es das nicht hat.

Diese sonderbare Definition erfreut sich großer Beliebtheit bei den Leitartiklern und Kommentatoren unserer Zeitungen. Unter der Rubrik «Topic of the Times» der «New York Times» las ich einmal eine typische Feststellung in dieser Richtung. Der Schreiber ließ sich über den Anspruch der Sowjetunion, eine Demokratie zu sein, aus und sprach ihr kategorisch jedes Recht dazu ab. Er schloß seinen Artikel mit der Behauptung: «Nur dann kann von Demokratie die Rede sein, wenn ein Volk das Recht und die Möglichkeit hat, zwischen zwei politischen Parteien zu wählen.»

Ich habe die unverbesserliche Gewohnheit, als wenn das Leben davon abhinge, jeden Tag die «New York Times» zu lesen. Da ich die obige Ansicht so häufig an der gleichen Stelle fand, konnte ich der demokratischen Versuchung nicht widerstehen, einen «Brief an den Herausgeber» zu schreiben, in dem ich das Thema von andern Gesichtspunkten aus beleuchtete. Da der Herausgeber dem demokratischen Drange nicht nachgab, den Brief abzdrukken, erlaube ich mir, ihn an dieser Stelle zu veröffentlichen:

«Walt Whitman, einer der größten Kündler des demokratischen Traums, könnte sich an die ‚Topics of the Times‘ gewandt haben, als er einst schrieb:

‚Glaubst auch Du, o Freund, daß Demokratie nichts anderes sei als Wahlen, Parteien und Parteintrigen? Ich sage dir, nur jene Demokratie ist von Wert, die die Sitten und das menschliche Zusammenleben veredelt, deren Geist in Religion, in Schrifttum, in Schulen und Hochschulen, ja auch in Heer und Flotte lebt und Früchte trägt, der das ganze öffentliche und private Leben durchdringt.‘»

Wirklich, wir, die Landsleute von Walt Whitman, brauchten nicht auf die Sowjetrussen zu warten, um zu wissen, daß Demokratie nicht nur ein politischer Faktor ist, sondern das gesamte menschliche Zusammenleben zu durchdringen hat . . .

J. Somerville
(Fortsetzung folgt.)

SCHWEIZERISCHES

Wer sind denn die „Utopisten“?

Im April-Heft 1956 der «Neuen Wege» haben wir uns mit der Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Schweiz zu den beiden neuen Volksinitiativen über die «Begrenzung